

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandszirkasse Bischofswerda Konto Nr. 64



Ercheinungswelle: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei im Haus halbmonatlich M. 1.20 beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Zeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Text die 20 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Stellen keine Gewähr — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 285

Sonntag, den 8. Dezember 1929.

84. Jahrgang

Tageschau.

Die Reichsregierung veröffentlicht eine in gereiztem Tone gehaltene Antwort auf die Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Die Reichsregierung beabsichtigt, nächsten Mittwoch im Reichstag die Vertrauensfrage zu stellen.

Wie der Börsenkurier erzählt, ist ein Konsortium ausländischer Finanzleute bereit, dem Deutschen Reich gegen Verpfändung der Telefonleitungen eine Kasse zu gewähren.

Die Spitzenverbände der Arbeitgeberorganisationen wenden sich in einer Erklärung gegen die von der Reichsregierung beabsichtigte Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung

Im polnischen Landtag ist das von den Oppositionsparteien eingebrachte Mißtrauensvotum Freitag abends gegen 11 Uhr mit 246 gegen 120 Stimmen bei 4 für ungültig erklärten Stimmen angenommen worden. Nach der Abstimmung veranstalteten die kommunistischen Abgeordneten eine Kundgebung im Saale, die den Sejmarschall Dohjinski nötigte, die Sitzung aufzuheben, ohne den Termin der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Nach Meldungen aus Nanjing haben sich der Meuterei unter den Regierungstruppen Tausende von Soldaten angeschlossen. Die Regierung verhängte Freitag abends den Belagerungszustand.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Dr. Schacht's Warnruf.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich in einer Denkschrift an das deutsche Volk gewandt, die aufrüttelnd wirken kann und muß. Dr. Schacht war der Führer der deutschen Vertretung bei den Youngverhandlungen in Paris, weshalb ihm auch ohne weiteres zuzubilligen ist, daß er den Youngplan und seine Zusammenhänge und Auswirkungen gründlich kennt. Es muß nachdrücklich stimmen, daß Dr. Schacht wiederum darauf aufmerksam macht, daß auch die deutschen Sachverständigen in Paris, die im Youngplan festgelegte Tributlast nicht für tragbar gehalten haben. Wenn die deutschen Sachverständigen schließlich zustimmen, so geschah das offenbar unter politischem Druck, der von Berlin ausgeht wurde. Inzwischen sind sechs Monate vergangen, aber die innen- und außenpolitische Entwicklung ist trotz oder gerade wegen des Youngplanes gleich unerfreulich. Außenpolitisch haben uns die Gläubiger die empfindliche Lehre erteilt, daß die Gleichberechtigung Deutschlands noch immer eine schöne Redensart ist. Trotzdem der Youngplan eine Generallösung sein soll, dazu bestimmt, alle Nachkriegsstreitigkeiten zu lösen und zu beilegen, haben wir von einem Verständigungswillen und einer Verständigungsbereitschaft wenig oder gar nichts zu spüren bekommen. Es ist gewiß verhandelt worden, im Haag, in Paris und anderswo. Aber jedesmal war das Ergebnis, daß die deutsche Regierung weitere Zugeständnisse machte, die schließlich in dem Vertrag mit Polen gipfelten, in dem deutsche Rechte nicht einmal für ein Butterbrot preisgegeben wurden. Das hat auch wohl die Geduld des Reichsbankpräsidenten erschöpft. Nachdem er schon vor einigen Tagen den Vertrag mit Polen als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet hatte, hat er nun noch zu einem viel stärkeren Schläge ausgeholt. In seiner Denkschrift sucht er von der ursprünglichen Absicht des Youngplanes zu retten, was zu retten ist. Wenn er muß feststellen, daß die Gläubiger von der ursprünglichen Absicht nicht das geringste übrig gelassen haben. Sie haben immer wieder neue Zugeständnisse gefordert und erhalten, deren Wert Dr. Schacht auf einige Milliarden Mark schätzt.

Auch die innerpolitische Auswirkung des Youngplanes hat die schärfste Kritik des Reichsbankpräsidenten erfahren. Der Youngplan sollte durch seine etwas problematischen Ersparnisse die deutsche Wirtschaft entlasten, um sie finanziell widerstandsfähig und unabhängig zu machen. Voraussetzung wäre allerdings dazu gewesen, daß die Reichsregierung sofort mit dem Finanzumbau begonnen hätte, wobei irgendwelche Erdzierungen über mögliche Steuerreserven überhaupt nicht angestellt werden durften. Die Steuerlast beträgt 17 Milliarden Mark, die Soziallast 8 Milliarden Mark. Wenn die deutsche Wirtschaft nicht zusammenbrechen soll, so muß der Finanzumbau von der Ausgabe Seite her beginnen. Wenn es auch heißt, daß einzelne Besitz- und Ver-

kehrssteuern gelenkt werden sollen, so wird aber auch im gleichen Zuge betont, daß die Steuern auf Bier und Tabak entsprechende Erhöhung über sich ergehen lassen müssen. Das ist keine Steuerentlastung, das ist vielmehr eine Flucht vor der Verantwortung, das ist eine Politik, die uns ins Verderben führen muß. Es ist ein Verdienst Dr. Schachts, dies noch einmal eindeutig klar ausgesprochen zu haben, wobei aber ganz unverkennbar ist, daß zwischen seiner Denkschrift, sowie zwischen den zehn Fragen, die der Abgeordnete Dr. Hugenberg am 22. November in Kassel aufgestellt hat, gewisse Zusammenhänge bestehen.

Die Antwort der Reichsregierung.

Die Reichsregierung ist „befremdet“ und lehnt Auseinandersetzungen ab. Die Vertrauensfrage im Reichstag.

Berlin, 6. Dez. Nach einer mehrstündigen Beratung hat sich das Reichskabinett heute nachmittag entschlossen, als Antwort auf die Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht folgende amtliche Mitteilung zu veröffentlichen:

„Der Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat der Reichsregierung ein Memorandum zu den im Gange befindlichen Verhandlungen über den Youngplan und zu den Fragen der Finanzpolitik zugeleitet. Die Veröffentlichung fällt mitten in Besprechungen, die über diese Fragen mit ihm gepflogen worden sind.“

Die Reichsregierung muß ihr Befremden über die Veröffentlichung ausdrücken. Die Voreiligkeit, mit der die Stellungnahme des Herrn Reichsbankpräsidenten erfolgt ist, gefährdet die einheitliche Staatsführung. Der Herr Reichsbankpräsident hatte zwar im Laufe der Besprechungen angeknüpft, daß er sich vorbehalten müsse, keine Auffassungen über die Beurteilung der schwebenden Fragen darzulegen, er hat dabei aber ausdrücklich betont, daß dies in einer Form geschehen würde, die keinen Schaden anrichten könne. Art und Inhalt des Memorandums, sowie der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung stehen hierzu in schroffem Widerspruch.

Die Reichsregierung lehnt es ab, sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen des Memorandums einzulassen. Die Reichsregierung hat sich bereits in den letzten Tagen dahin schlüssig gemacht, dem Reichstag im Laufe der kommenden Woche die Grundzüge eines finanziellen Gesamtprogramms zu unterbreiten. Das Programm wird Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen, eine umfassende Steuerreform und die Entlastung der Kassenlage insbesondere auch von den Zuschüssen für die Arbeitslosenversicherung durch Verstärkung der Einnahmen der Anstalt umfassen. Den Fraktionsführern der an der Regierung beteiligten Parteien ist schon vor Tagen eine persönliche Einladung zur Erörterung dieses Programms für den Anfang kommender Woche zugegangen. Der Reichstag wird am nächsten Mittwoch dem Reichstag, dem die Regierung allein verantwortlich ist, dieses Programm der Reichsregierung in einer Regierungserklärung vorlegen und hierfür sowie für die Gesamtpolitik der Reichsregierung die Vertrauensfrage stellen.“

Man wird nicht behaupten können, daß diese Antwort die Position der Reichsregierung zu stärken geeignet ist. In diesem Ton, schreibt der „Dresdn. Anz.“, darf eine Regierung, die sich in letzter Zeit so vieler schwerer Unterlassungsünden schuldig gemacht hat, nicht gegenüber einem Mönne von der Autorität Dr. Schachts auftreten, der zweifellos den Beifall der weitesten Kreise der Öffentlichkeit hat, wenn er als Warner vor weiteren Verschlechterungen des Youngplanes und als Mahner zu einer Beschleunigung der dringend notwendigen Finanzreform aufgetreten ist. Die Antwort der Reichsregierung ist ein Rechtfertigungsversuch in einer verhältnismäßig schlechten Position, und man hätte vielmehr erwarten dürfen, daß das Kabinett in seiner Antwort stärker auf die sachliche Seite der Angelegenheit und weniger auf die persönliche und die parteipolitische einengungen wäre.

Koalitionskritik an der Young-Politik der Reichsregierung.

Das Organ der Christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, führt in einer Betrachtung unter der Ueberschrift „Vertraulich“ u. a. aus:

„Seit einiger Zeit ist es ein Vergnügen, ein wirkliches Vergnügen, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschä-

tigen. In einer so wichtigen Frage wie dem Young-Plan und den zahlreichen damit zusammenhängenden Einzelheiten braucht man überhaupt nichts mehr zu tun. Die hohe Regierung oder vielmehr die Bürokratie arbeitet für uns. Sie schließt Verträge ab und legt Besegentwürfe von größter Tragweite fest, die niemand kennt. Jedenfalls ist heute in Deutschland kein Mensch in der Lage, über die wichtigen Besegentwürfe, deren Schicksal in der zweiten Haaper Konferenz entschieden werden wird, etwas Ernsthaftes zu sagen. Sie ruhen wohl verwahrt in den Schubladen der Ministerien. Davor hängt das Schild „Vertraulich“. Nur ist das mit der angeblichen Vertraulichkeit erfahrungsgemäß eine heikle Sache. Das Reichsbahngesetz ist schon bekannt geworden. Jetzt meldet WTB., daß die „Herald Tribune“ in Newyork den Text des Treuhandvertrages der Internationalen Bank für den Zahlungsausgleich veröffentlicht. Da das Schwergewicht der Internationalen Bank in der Verwaltung der Reparationen liegt, ist der Treuhandvertrag für uns viel wichtiger als das Bankstatut, dessen Veröffentlichung zum allgemeinen Erstaunen erfolgt ist. Was wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion, die sich ernsthaft mit den Einzelheiten der Young-Gesetze auseinandersetzt.“

Hugenberg über die Austrittsbewegung.

In einer Wahlversammlung der Ortsgruppe Gera der Deutschnationalen Volkspartei sprach am Freitag der Parteiführer Geheimrat Dr. Hugenberg u. a. über die Vorgänge innerhalb der Partei. Er führte u. a. aus, in den Erklärungen der zwölf Ausgeschiedenen trete das Bestreben zutage, zwischen der Partei und dem Parteiführer zu unterscheiden und diesen vor der Öffentlichkeit zum schwarzen Manne zu machen. Das sei er aber für diese Herren nicht erst seit heute und gestern, sondern seit der Uebernahme des Parteivorstandes. Es habe sich die äußere Klärung eines bestehenden Gegenjahres innerhalb der Partei vollzogen, und es knüpften sich daran unwillkürlich die Fragen,

warum solche Gegenfälle notwendig

seien und ob derjenige ein richtiger Führer sei, der seine Leute nicht zusammenhalten könne. Dr. Hugenberg ging bei der Beantwortung dieser Fragen von dem vorbildlichen Parlamentarismus in England und Amerika aus und erklärte dazu: Dort ist noch niemand auf die Weisheit verfallen, daß für jeden Berufsstand, für jeden Berufe, für jede Interessenschattierung eine besondere Partei vorhanden sein müsse. Die Grundlagen des angelsächsischen Parlamentarismus wären erschüttert, wenn der englische Wähler sich die Zügellosigkeit und den an Willkürlichkeit streifenden Ehrgeiz des einzelnen Parlamentariers gefallen ließe, die bei uns üblich sind. Es ist die Voraussetzung der politischen Willensbildung und des Erfolges, daß jeder sich als Glied des Ganzen und nicht jeder als Zentrum der anderen fühlt. Von dem abgesehenen Duhend Reichstagsabgeordneter gibt fast jeder einen anderen Grund an. Es ist ein vergebliches Unterfangen, alle diese verschiedenartigen Wünsche zu befriedigen.

Antwort an die Lambach-Gruppe.

Der Reichsbund Deutscher Angestellter-Berufsverbände teilt mit:

„Die Bundesleitung des Reichsbundes Deutscher Angestellter-Berufsverbände (RDB.), der Reichsorganisation der vaterländischen Angestelltenbewegung, verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die jetzigen Vorgänge in der DMBP. Sie stellt fest, daß die ausgetretenen gewerkschaftlichen Abgeordneten Gewerkschaftsverbänden angehören, die gleich den sozialistischen Gewerkschaften Kuhniescher des heutigen Systems sind, woraus ihre Gegnerschaft gegen jede entschiedene nationale Opposition von Seiten der DMBP. entspringen mußte. Die Tatsache des gleichzeitigen Ausscheidens von Abgeordneten, die in der Wirtschaft eine führende Rolle spielen, beweist die enge Verflechtung eines Teiles der Industrie mit dem heutigen System der Gewerkschaftsherrschaft. Unter diesem System sind zwar den „anerkannten“ Gewerkschaften Möglichkeiten großzügigster Geschäfte gegeben worden. Der Arbeitnehmer selbst aber ging und geht es wirtschaftlich und sozial immer schlechter. Die Bundesleitung des RDB. begrüßt deshalb den Willen des zielklaren nationalen Kampfes innerhalb der DMBP. gegen den Marxismus jeder Form. Sie erwartet, daß nunmehr in der DMBP. die Bahn frei geworden ist für eine vaterländische Sozialpolitik, die allein die Arbeitnehmererschaft aus dem heutigen Massenelend wieder heraus zum sozialen Aufstieg führen kann.“